

Beschluss VII Soziales

Gremium: Landesparteitag
Beschlussdatum: 24.04.2021
Tagesordnungspunkt: 4. Das Programm zur Landtagswahl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sachsen- Anhalt

Text

10133 VII Soziales

10134 Wir wollen, dass alle Menschen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben
10135 teilhaben und ein Leben in Würde führen können, von der Geburt bis ans
10136 Sterbebett. Unsere Sozialpolitik soll Bedingungen für eine angemessene
10137 Grundsicherung und den Rahmen für eine selbstbestimmte Lebensführung schaffen.
10138 Alle sollen die Unterstützung bekommen, die sie in ihrer persönlichen Situation
10139 benötigen und die ihnen eine Perspektive für die eigene Entwicklung eröffnet.
10140 Wir brauchen einen Wandel weg von einer nachsorgenden Sozialpolitik, die auf
10141 bestehende Probleme und Defizite fokussiert ist, hin zu einer Sozialpolitik, die
10142 präventiv wirkt.

10143 Sicherung des Existenzminimums

10144 Unsere Politik zielt auf eine Existenzsicherung von der Wiege bis zur Bahre. Die
10145 soziale Sicherung bedeutet für uns, den Menschen über ihre gesamte Lebensspanne
10146 hinweg den Grundbedarf zu garantieren. Die Maßnahmen dazu sind eine
10147 sanktionsfreie und armutsfeste Kindergrundsicherung, Ausbildungsförderung und
10148 Grundsicherung unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus. Wir unterstützen
10149 Bundesratsinitiativen, die darauf abzielen.

10150 Leistungsbezug bürger*innennäher gestalten

10151 Sozialpolitik muss lebenslang Chancen für eine selbstbestimmte Lebensgestaltung
10152 eröffnen. Für die Entwicklung einer modernen Sozialpolitik müssen Menschen die
10153 Möglichkeit haben, Netzwerke und individuelle Unterstützungsangebote kombinieren
10154 zu können. Deshalb wollen wir weg vom Schubladensystem in der Beurteilung von
10155 Menschen nach Syndromen und Symptomen hin zu individueller Beurteilung. Der
10156 Mensch mit seiner persönlichen Situation und seinen persönlichen Bedürfnissen
10157 gehört in den Mittelpunkt von Sozialplanung. Sachsen-Anhalt soll zunächst in
10158 inklusiven Modellprojekten Case-Management als Instrument der Sozialplanung
10159 erproben – mit dem Ziel es zum Standardinstrument der Sozialplanung zu machen.

10160 Wir denken das System für unterstützende staatliche Leistungen von den
10161 Bürger*innen mit einem Lebensmittelpunkt in Deutschland her, nicht in den
10162 Rechtskreisen Arbeitsmarktinstrumente, Hilfe für Menschen mit Behinderungen,
10163 Kinder- und Jugendhilfe, Kranken- und Pflegeversicherung. Dieses System der
10164 verschiedenen Rechtskreise funktioniert oft unzureichend, weil viele Menschen
10165 mehrfache, vielfältige und zusammenhängende Bedarfe haben. Wir wollen erreichen,
10166 dass es in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt eine
10167 rechtskreisübergreifende und mehrsprachige Beratungsstelle gibt und die
10168 Leistungen im besten Falle rechtskreisübergreifend erbracht werden. Dafür wollen

10169 wir Modellprojekte starten. Die entsprechenden Ausführungsgesetze zu den
10170 Sozialgesetzbüchern sollen dafür überarbeitet werden. Sowohl im Bereich der
10171 Hilfe für Ältere und Menschen mit Behinderungen wie auch im Bereich der Kinder-
10172 und Jugendhilfe ist dies ein notwendiger Schritt, um den Leistungsbezug
10173 bürger*innenfreundlicher zu gestalten, Synergien zwischen den Leistungssystemen
10174 zu nutzen und Bürokratie letztlich abzubauen.

10175 Kinder- und Jugendarmut bekämpfen

10176 Derzeit lebt nahezu jedes vierte Kind in Sachsen-Anhalt in Armut. Dies bleibt
10177 eine massive sozialpolitische Herausforderung, auf die wir antworten müssen.
10178 Alle Kinder, die in Armut leben, sind vielfältigen Formen der Benachteiligung
10179 ausgesetzt: Nachteile in der Schule und Ausbildung, schlechtere Gesundheit oder
10180 Vorsorge, eingeschränkter Zugang zu Kultur sowie zu angemessenem Wohnraum. Die
10181 Corona-Pandemie hat diese Situation in vielen Bereichen noch verschärft. Deshalb
10182 setzen wir uns für eine armutsfeste allgemeine Kindergrundsicherung für alle
10183 hier lebenden Kinder - unabhängig ihrer Staatsangehörigkeit oder ihres
10184 Aufenthaltsstatus ein und wollen dies auf Bundesebene voranbringen.

10185 Neben dieser direkten finanziellen Bekämpfung von Kinderarmut und flankierenden
10186 arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die direkt auf die Einkommenssituation von
10187 Eltern zielen, möchten wir insbesondere Schutzfaktoren gegen Armut befördern,
10188 also Kinder und junge Menschen in ihrer Resilienz stärken, damit sie besser mit
10189 widrigen Umständen umgehen können. Mit dieser Zielstellung wurden in dieser
10190 Legislatur auf unser Betreiben hin 100 zusätzliche Stellen für die Förderung von
10191 Kitas mit besonderen Bedarfen geschaffen. Basierend auf diesen Erfahrungen
10192 wollen wir zusätzliche solcher Stellen flächendeckend im Land etablieren, um
10193 insbesondere die vielfaltsbewusste Kitasozialarbeit als Instrument der
10194 Frühförderung für eine chancengerechte soziale Teilhabe damit zu befördern.
10195 Weitere Schutzfaktoren gegen Kinder- und Jugendarmut wollen wir in einem breiten
10196 Bündnis entwickeln. Ausbau und finanzielle Besserstellung der Jugend(verbands-
10197)arbeit, der Kinder- und Jugendfreizeiten, der landesweiten Jugendbildung wie
10198 auch der landesweiten Jugendbildungsstätten sind entsprechende Ansatzpunkte. Wir
10199 wollen Präventionsketten etablieren und verstetigen, beginnend mit den Frühen
10200 Hilfen bis hin zur sozialpädagogischen Ausbildungsbegleitung.

10201

10202 Im stationären Bereich der Hilfen zur Erziehung haben kommunale Jugendämter die
10203 Möglichkeit junge Menschen, sobald sie eigene Einkünfte bspw. in Form einer
10204 Ausbildungsvergütung haben, für die Kosten der Hilfen mit bis zu 75% ihrer
10205 Einkünfte heranzuziehen. Wir setzen uns für die Aufhebung der Kostenheranziehung
10206 in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Sachsen-Anhalts ein. Dafür wollen
10207 wir eine entsprechende Regelung im Kinder- und Jugendhilfegesetz Sachsen-Anhalt
10208 verankern.

10209 Wir wollen den nächsten Kinder- und Jugendbericht zur Mitte der Legislatur mit
10210 dem Schwerpunkt Kinderarmut vorlegen und auf Basis dessen das jugendpolitische
10211 Programm fortschreiben.

10212 Wir wollen die Ausbildungssituation von Alleinerziehenden und Personen mit
10213 unterbrochenen Bildungsbiografien durch die Stärkung der Teilzeitausbildung
10214 verbessern.

10215 Kinderrechte umsetzen

10216 Alle Kinder haben eigene Rechte: Rechte auf Schutz, Förderung ihrer Entwicklung
10217 sowie Beteiligung. Diese Rechte sind in der UN-Kinderrechtskonvention
10218 festgehalten. Wir stehen für die konsequente Umsetzung und Einhaltung dieser
10219 Rechte. Daher wollen wir im Bundesrat eine Initiative einbringen, um
10220 Kinderrechte für alle in Deutschland lebenden Kinder auch im Grundgesetz zu
10221 verankern. Ihre Rechte auf Bildung und individuelle Förderung müssen gestärkt
10222 werden.

10223 Kinderrechte müssen vor Ort erlebbar und realisiert werden. Wir setzen uns für
10224 eine umfassende Beteiligung der Kinder bereits im Kindergarten ein. In der
10225 Schule sollte die Drittelparität eingeführt werden

10226 Eine eigenständige Jugendpolitik verankern

10227 Der aktuelle Kinder- und Jugendbericht wie auch das jugendpolitische Programm
10228 der Landesregierung formulieren u.a. auf Grundlage von Umfragen und Workshops
10229 mit Jugendlichen zentrale Anliegen und Herausforderungen für die Jugendpolitik.
10230 Damit ist unser Anliegen, als Politik mit Jugendlichen zu sprechen und nicht
10231 immer nur über Sie, umgesetzt worden. Etwa für zentrale Bereiche wie Teilhabe
10232 und politische Partizipation sowie Mobilität verweisen diese Berichte auf hohen
10233 Handlungsbedarf. Mit Beginn der neuen Legislatur ist auf dieser Grundlage eine
10234 eigenständige Jugendpolitik im Land konzeptionell und strategisch zu verankern,
10235 finanziell zu untersetzen und im stetigen Austausch mit den jungen Menschen im
10236 Land rückzukoppeln und fortzuentwickeln. Für diesen Austausch ist u.a. das
10237 Projekt „Jugend Macht Zukunft“ dauerhaft zu fördern und einzubinden. Gelingende
10238 Jugendpolitik betrachten wir auch als ein Haltefaktor gerade in den ländlichen
10239 Regionen Sachsen-Anhalts. Es braucht direkte Ansprache und Wertschätzung der
10240 jungen Generation, damit sie ihren Geburtsort auch als positiv besetzte Heimat
10241 erleben können."

10242 Landeszentrum Jugend und Kommunen dauerhaft fördern

10243 Wir wollen, dass das Landeszentrum Jugend und Kommune dauerhaft gefördert wird.
10244 Es soll seinen Aufgaben auskömmlich finanziert nachgehen können. Zur Stärkung
10245 der Beteiligung junger Menschen vor Ort und insbesondere der Unterstützung der
10246 Kommunen, die sich in diesem Sinne auf den Weg machen wollen, werden wir das
10247 Kommunalverfassungsgesetz schärfen. Die Kommunen sollen die Möglichkeit erhalten
10248 via Satzung umfängliche Regelungen zur Beteiligung festzulegen wie bspw. auch
10249 Rede- und Antragsrechte von Jugendgremien in kommunalen Parlamenten und die
10250 Vorhaltung eines Budgets. Wir setzen uns dafür ein, eine verbindliche
10251 Beteiligung bei kommunalen Planungsprozessen einzuführen. Dabei sind die
10252 Qualitätskriterien des Landesnetzwerks „Runder Tisch kommunale
10253 Jugendbeteiligung“ zu Grunde zu legen. Damit das Anrecht auf kommunale
10254 Beteiligung einklagbar wird, wollen wir ein Verbandsklagerecht für demokratische
10255 Jugendverbände gesetzlich ermöglichen. Zur Bündelung der Interessen von jungen
10256 Menschen sollen kommunale Kinder- und Jugendgremien gefördert werden. Wir wollen
10257 kommunale Kinder- und Jugendbeauftragte als verlässliche lokale
10258 Ansprechpartner*innen schaffen. Auch auf Landesebene wollen wir die Beteiligung

10259 von Kindern und Jugendlichen vor allem über eine Open-Source-gestützte Plattform
10260 ausbauen.

10261 Wir setzen uns dafür ein, dass das jugendpolitische Programm des Landes Sachsen-
10262 Anhalt überarbeitet wird und künftig die LSBTIQ*-Jugendinteressen durch
10263 Beteiligung von queeren Jugendgruppen und Jugendverbänden im Land
10264 mitberücksichtigt sind.

10265 Wahlalter auf 14 Jahre absenken

10266 Kinder und Jugendliche sind Menschen mit eigenen Hoffnungen, Wünschen und
10267 Möglichkeiten, aber auch eigenen Forderungen, deren Sicht auf Gesellschaft und
10268 Politik sich meist von jener der Erwachsenen unterscheidet. Wir wollen Kinder
10269 und Jugendliche so oft wie möglich und altersgerecht in Entscheidungsprozesse
10270 einbeziehen. Denn sie sind bereits jetzt und hier als Kinder und Jugendliche
10271 Bürger*innen und Teil unseres politischen Gemeinwesens. Wir wollen daher das
10272 aktive Wahlrecht bei allen Wahlen auf 14 Jahre absenken.

10273 Ring politischer Jugend gründen

10274 Wir unterstützen nach wie vor die Jugendverbände der demokratischen politischen
10275 Parteien bei ihrem Wunsch nach Gründung eines Rings politischer Jugend (RPJ) in
10276 Sachsen-Anhalt. Dieser Ring soll vom Land als wichtiger Ort politischer
10277 Willensbildung und Vielfalt für junge Menschen finanziell ausgestattet werden,
10278 wenn ein belastbarer gemeinsamer Vorschlag der Jugendverbände dazu vorliegt.

10279 Kinder und Jugendliche überall im Land fördern

10280 Die finanzielle Förderung der Jugendarbeit durch das Land orientiert sich
10281 zurzeit einzig an der Anzahl junger Menschen in den Landkreisen und kreisfreien
10282 Städten. Die Flächenkreise haben dadurch in den letzten Jahren eine Reduzierung
10283 ihrer Förderung von bis zu 30 Prozent hinnehmen müssen. Diese Entwicklung wollen
10284 wir stoppen. Dafür wollen wir Verteilmechanismen entwickeln, wie etwa einen
10285 Flächenfaktor, so dass nicht allein die Anzahl junger Menschen, sondern auch
10286 beispielsweise die Größe eines Landkreises die Verteilung der Fördergelder
10287 bestimmt. Das verhindert den Teufelskreis von sinkenden Fördergeldern und einer
10288 sinkenden Anzahl junger Menschen. Auch ist die Dynamisierung der Förderung der
10289 Jugendarbeit der Inflation und der Tarifentwicklung anzupassen. Eine
10290 bedarfsgerechte Förderung ist geboten, weil Jugend(verbands-)arbeit jungen
10291 Menschen Raum gibt sich auszuprobieren und zu beweisen. Wir wollen, dass das
10292 Land den Strukturaufbau von Jugendverbänden in den Kreisen unterstützt.

10293 Die Jugendhilfeplanung ist feste Voraussetzung für Auszahlung der Gelder nach
10294 dem Familienförderungsgesetz. Es muss kommunalaufsichtlich sichergestellt werden,
10295 dass deren Umsetzung eine Pflichtaufgabe der Kommunen ist.

10296 Tarifgerechte Bezahlung muss in allen Bereichen sichergestellt sein.

10297 Mehr Raum für Kinder und Jugendliche schaffen

10298 Wir wollen Kommunen ermutigen, mehr öffentliche Räume für Kinder und Jugendliche
10299 bereit zu stellen. Dies sind Freiräume ohne staatliche oder gesellschaftliche

10300 Vordefinitionen, in denen so wenig wie möglich von außen gesteuert und
10301 vorgegeben wird, die sie gestalten und in denen sie Erfahrungen sammeln und sich
10302 erproben können. Dazu soll ihnen ein weitgehend selbst verwaltetes Budget zur
10303 Verfügung stehen. Und wir wollen ihnen Expert*innen, zum Beispiel hauptamtliche
10304 kommunale Kinder- und Jugendbeauftragte zur Seite stellen, die in der Lage sind,
10305 ihnen diese Freiräume zu schaffen und zu erhalten, ihnen aber gleichzeitig Halt
10306 und Hilfestellung bieten, wenn sie diese benötigen und einfordern.
10307 Schulsportanlagen und Räume in Schulgebäuden sollen Kindern und Jugendlichen,
10308 Verbänden und Vereinen auch außerhalb des Unterrichts offenstehen.

10309 Die Jugendzentren unseres Landes wollen wir möglichst erhalten und durch mehr
10310 Mitarbeiter*innen unterstützen. Gerade in den ländlichen Räumen brauchen
10311 Jugendzentren längere Öffnungszeiten, um attraktiv für Kinder und Jugendliche zu
10312 sein. Vor allem Mädchen wollen wir Räume geben, sich auszuprobieren und
10313 Erfahrungen zu sammeln. Es fehlen sichere Räume – online wie offline. Mittels
10314 Schulsozialarbeit, Unterstützung von Jugendclubs und selbst verwalteten Räumen
10315 schaffen wir diese Räume und bestärken junge Menschen, vor allem Mädchen.“

10316 Wir wollen in den Kommunen Wohnen, Arbeiten und Freizeit wieder enger
10317 zusammenführen sowie Stadtteile und Innenstädte beleben und begrünen. Davon
10318 profitieren alle Menschen. Zu diesem Zweck erwarten wir in den Kommunen eine
10319 bessere Abstimmung der Schulentwicklungs-, Stadt- und der Jugendhilfeplanung.
10320 Die nach dem neuen Familienförderungsgesetz beim Land einzureichende
10321 Jugendhilfeplanung muss stärker genutzt werden, entsprechende Ziele
10322 durchzusetzen.

10323 Strategieplan für Jugendbildungsstätten und Jugendherbergen

10324 Jugendbildungsstätten und Jugendherbergen sind ein wichtiger Ort für
10325 außerschulische Bildung und Begegnung, aber auch für kostengünstige Urlaube für
10326 Familien. Sie sind insbesondere durch die Corona-Pandemie in extreme Schieflage
10327 gekommen. Das Land Sachsen-Anhalt soll gemeinsam mit den Akteur*innen einen
10328 Strategieplan entwickeln. Dieser soll am gesellschaftlichen Bedarf orientiert
10329 einen Weg aufzeigen, welche Einrichtungen dauerhaft erhalten werden können und
10330 dabei auskömmlich finanziert werden müssen.

10331 Ombudsstelle der Kinder- und Jugendhilfe dauerhaft fördern

10332 Eine Ombudsstelle für Kinder- und Jugendhilfe ist bisher lediglich als
10333 Modellprojekt eingerichtet. Wir wollen, dass sie dauerhaft gefördert wird. Auch
10334 wollen wir sie so ausbauen, dass sie landesweit wirken kann.

10335 Beratungsangebote im Bereich sexualisierter Gewalt ausbauen

10336 Die bundesweiten Fälle schwerer sexualisierter Gewalt gegen Kinder, die in den
10337 vergangenen Jahren aufgedeckt wurden, zeigen einen deutlichen Handlungsbedarf.
10338 Wir wollen im Land die Beratungsangebote im Bereich sexualisierter Gewalt
10339 ausbauen. Dabei sollen vielfaltssensible Familienbildungsstätten, Kitas,
10340 Schulen, Migrantenselbstorganisationen und Jugendämter eingebunden werden. Wir
10341 wollen die Präventionsprojekte, die etwa mit der Berliner Charité initiiert
10342 wurden, weiterführen und ausbauen. Im Rahmen der Strafverfolgung wollen wir die
10343 Ermittlungen auf Landesebene bündeln und besser koordinieren, um den Kampf gegen

10344 Kinderpornographie im Internet besser führen zu können. Aber auch sexualisierte
 10345 Gewalt und Übergriffe unter Jugendlichen wollen wir stärker als bisher in die
 10346 Präventionsarbeit einbeziehen.

10347 Anti-Mobbing-Tag ins Leben rufen

10348 Auch psychischer und körperlicher Gewalt unter Kindern und Jugendlichen etwa
 10349 durch Mobbing, Diskriminierung und Schikane (Bullying) an Schulen wollen wir
 10350 deutlich entgegentreten. Wir wollen einen mit einem eigenen Budget
 10351 ausgestatteten, landesweiten „Anti-Mobbing-Tag“ ins Leben rufen und die
 10352 Schirmherrschaft bei dem*der Ministerpräsident*in andocken. An diesem Aktionstag
 10353 sollen alle Schulen im Land Aktionen und Projekte durchführen, die darauf
 10354 zielen, das soziale Miteinander zu stärken. Kooperationen etwa mit Krankenkassen
 10355 und freien Trägern der Jugendarbeit sind dabei anzustreben. Denn Mobbing ist
 10356 eine leidvolle Erfahrung für viele Schüler*innen im Land.

10357 Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien sicher 10358 finanzieren

10359 Wir wollen junge Menschen ermutigen, sich für eine Familiengründung zu
 10360 entscheiden. Dafür sind gute Rahmenbedingungen nötig. Wir stehen für ein sicher
 10361 finanziertes und engmaschiges Netz von Beratungs- und Unterstützungsangeboten
 10362 für Eltern und Kinder ein.

10363 Wir wollen Angebote erhalten und stärken, die Familien entlasten. Dazu gehören
 10364 vielfaltssensible, mehrsprachige Schwangerschaftsberatungsstellen, Familien- und
 10365 Erziehungsberatungsstellen sowie Familienzentren. Insbesondere Familienzentren,
 10366 die seit Jahren eine zu geringe Förderung erhalten, benötigen für ihren
 10367 Fortbestand ein Investitionsprogramm und verlässliche Förderung. Darüber hinaus
 10368 stehen wir in der Verantwortung, die Folgen der Pandemie für die Kinder- und
 10369 Jugendhilfe in den Blick zu nehmen. Beratungs- und Betreuungsleistungen müssen
 10370 an den steigenden Bedarf angepasst werden.

10371 Angebote der Elternbildung, Selbsthilfe, Sprach- und Gesundheitsförderung müssen
 10372 besser vernetzt werden und auch in der Fläche überall niedrigschwellig
 10373 erreichbar sein. Um diese Erreichbarkeit zu sichern, wollen wir zusätzliche
 10374 mobile Familien(bildungs-)arbeit fördern. Diese mobile Form der Beratung streben
 10375 wir auch für den Bereich der Schwangerschaftsberatungsstellen an. Alle
 10376 Beratungsstellen soll das Land aktiv unterstützen, ihre Angebote auch virtuell
 10377 anzubieten und ihre Onlinepräsenz auszubauen.

10378 Gemeinsame Verantwortung statt Konkurrenz

10379 Wir fördern lokale Verantwortungsgemeinschaften. Sozialleistungen sollen nicht
 10380 weiterhin im Sinne eines Marktes organisiert werden mit entsprechender
 10381 Konkurrenz unter den Leistungserbringer*innen. Wir wollen grundsätzlich
 10382 umsteuern hin zu einem System geteilter und gemeinsam getragener, lokaler
 10383 Verantwortung. Regionale Akteur*innen, sei es im Bereich des Gesundheitssystems,
 10384 der Altenhilfe und Pflege oder der Eingliederungshilfe konkurrieren dann nicht
 10385 mehr um Klient*innen, sondern steuern in gemeinsamer Verantwortung die
 10386 Leistungserbringung in ihrer Region für die Menschen, die dort leben.

10387 Wir wollen diese Entwicklung durch Modellprojekte anstoßen, bestehende
10388 Leuchtturmprojekte prämiieren und eine Diskussion auf Landesebene befördern und
10389 moderieren.

10390 Corona-Politik evaluieren und Lehren ziehen

10391 Seit März 2020 beeinflussen die Corona-Pandemie und die Maßnahmen, die der
10392 Eindämmung der Virusverbreitung dienen sollen, das Leben aller in Sachsen-
10393 Anhalt. Sobald die aktuelle akute Pandemielage vorüber ist, werden wir uns dafür
10394 einsetzen, die ergriffenen Maßnahmen und den Weg der Entscheidungsfindung zu
10395 evaluieren.

10396 Wir wollen Lehren für das mögliche Wiederaufflackern von Covid19 nächsten Herbst
10397 und Winter sowie für zukünftige Gesundheitsnotlagen ziehen. Wir wollen
10398 Gesundheits- und psychosoziale Folgen der Pandemie und der Eindämmungsmaßnahmen
10399 in den Blick nehmen und die Hilfs- und Förderprogramme evaluieren.

10400 Pilotprojekte für bedingungsloses Grundeinkommen

10401 Mit fortschreitender Digitalisierung, Automatisierung und Spezialisierung geht
10402 der Umfang existenzsichernder Erwerbsarbeit zurück. Arbeit ist zwar weiterhin
10403 vorhanden, diese kann aber nicht mehr von jedem*r ausgeführt werden und
10404 gewährleistet oft nicht mehr den Lebensunterhalt. Der Mensch ist nicht
10405 zuvörderst Erwerbstätiger, er selbst steht mit seinen Bedürfnissen und
10406 Grundrechten im Mittelpunkt unserer Politik. Diesem Menschenbild wollen wir mit
10407 einem bedingungslosen Grundeinkommen entsprechen.

10408 Digitale Innovation benötigt auch soziale Innovation. Das aktuelle Sozialsystem
10409 bestraft Menschen für Arbeitslosigkeit, indem Grundrechte eingeschränkt werden
10410 und der*die betroffene Bürger*in teilweise entmündigt wird. Es setzt Menschen
10411 unter Druck, jeder Erwerbsarbeit nachgehen zu müssen, ob diese existenzsichernd,
10412 ökologisch nachhaltig oder sinnstiftend ist oder nicht. Ein Wandel in der
10413 Sozialpolitik ist angesichts dessen dringend erforderlich. Das bedingungslose
10414 Grundeinkommen bietet Chancen, die Menschen von diesem Druck zu befreien und
10415 ihnen die Freiheit zu geben, sich abseits des engen Fokus auf Erwerbsarbeit in
10416 unsere Gesellschaft einzubringen sowie kreative Potentiale und Eigenständigkeit
10417 anzuregen.

10418 Wir verstehen ein bedingungsloses Grundeinkommen daher als ein echtes soziales
10419 Grundrecht. Für Arbeitnehmer*innen ist ein solches Grundeinkommen
10420 gleichbedeutend mit einer Sicherung gegen Arbeitsplatzabbau, der infolge der
10421 fortschreitenden Automatisierung und Digitalisierung eintreten kann oder schon
10422 eingetreten ist. Wir befürworten daher Pilotprojekte zum bedingungslosen
10423 Grundeinkommen in Sachsen-Anhalt.

10424 Wohnungsnot überwinden, wohnungslosen Menschen helfen

10425 Wohnungs- und Obdachlosigkeit sind ein Armutsproblem, das in Sachsen-Anhalt
10426 weitestgehend unter dem politischen Radar stattfindet. Verantwortlich für die
10427 Wohnungslosenhilfe sind die Kommunen, die diese Aufgabe meist nach bestem Wissen
10428 aber ohne Vernetzung und landesweite Strategie wahrnehmen. Unterstützt werden
10429 sie dabei von verschiedenen Trägern und Privatinitiativen. Besonders Menschen,
10430 die sich in die Regeln der kommunalen Unterbringungsorte nicht einfügen können

10431 oder wollen fallen bei dieser Hilfe oft durchs Raster. Es fehlen belastbare
10432 Zahlen zu Obdachlosigkeit in Sachsen-Anhalt.

10433 Das Land Sachsen-Anhalt soll sehr zeitnah belastbare Zahlen über Obdachlosigkeit
10434 und Wohnungsnot und die regionale Verteilung der Hilfeangebote im Land erheben.
10435 Wir wollen, dass eine solche Erhebung als Wohnungsnotfallstatistik regelmäßig
10436 stattfindet.

10437 Das Land soll die Federführung für die Vernetzung und Kooperation aller Angebote
10438 zur Prävention von Wohnungsnotfällen und zur Hilfe für wohnungslose Menschen
10439 übernehmen. Wir wollen dafür eine regelmäßig tagende landesweite
10440 Wohnungsnotfallhilfe-Konferenz schaffen, an der alle öffentlichen und freien
10441 Träger der Wohnungslosenhilfe, private Initiativen, die Kommunen,
10442 Vertreter*innen von Wohnungsbaugesellschaften und Energieversorgern,
10443 Sozialwissenschaftler*innen, Suchtberatungen und weitere teilnehmen. Ziel soll
10444 die landesweite gemeinsame Aufstellung von Wohnungsnotfall-Rahmenplänen, ihre
10445 Umsetzung und Evaluation sein.

10446 Sozialen Arbeitsmarkt einführen

10447 Nicht alle Menschen können auf dem ersten Arbeitsmarkt Arbeit finden, darum
10448 halten wir einen Sozialen Arbeitsmarkt weiterhin für notwendig. Hier sollen
10449 Menschen gesellschaftlich notwendige und wertvolle Arbeit leisten können und
10450 dafür entlohnt werden. Wir wollen dafür Mittel des Europäischen Sozialfonds
10451 (ESF) einsetzen. Außerdem soll das Land damit gezielte berufliche Weiterbildung
10452 für Menschen mit Zugangshemmnissen zum ersten Arbeitsmarkt fördern.

10453 Personalvertretungsgesetz novellieren

10454 Wir setzen uns für starke Tarifpartner ein. Betriebsräte sind Teil einer
10455 demokratischen Unternehmenskultur. Wir wollen diese im öffentlichen Bereich
10456 stärken. Die Novelle des Personalvertretungsgesetzes von 2019 blieb hinter den
10457 Erwartungen zurück. Wir werden uns weiterhin für eine echte Gleichberechtigung
10458 der Arbeitnehmer*innenvertretungen einsetzen. Wir wollen nach wie vor, dass in
10459 Sachsen-Anhalt nur Unternehmen, die nachweislich Tariflöhne bezahlen,
10460 öffentliche Aufträge erhalten sollen. Dazu soll das Vergabegesetz geändert
10461 werden. Wir unterstützen die Bestrebungen auf europäischer Ebene, durch
10462 Rechtsänderung die örtliche Tarifbindung von Vergabegesetzen zu ermöglichen.

10463 Freiwilligenengagement würdigen und fördern

10464 Das Ehrenamt ist eine der wichtigsten Stütze unserer Gesellschaft. Hier finden
10465 Menschen Zeit für einander, umsorgen Tiere und die Natur und streiten für ihnen
10466 wichtige Anliegen. Menschen übernehmen Verantwortung für einander und ihre
10467 Umgebung und gestalten dadurch unser Zusammenleben mit. Mit großem Respekt
10468 stehen wir an der Seite aller Ehrenamtler*innen und wollen sie in ihrer
10469 Tätigkeit unterstützen. Wir streiten für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf
10470 und Ehrenamt. Dazu wollen wir Möglichkeiten zur Freistellung zu ehrenamtlichen
10471 Zwecken prüfen. Zudem wollen wir ein Ehrenamtsticket für die Fahrten der
10472 Ehrenamtler*innen von und zu ihren jeweiligen Einsatzstätten schaffen..
10473 Wir wollen Initiativen wie Freiwilligenagenturen und soziale Selbsthilfegruppen
10474 unterstützen, freiwilliges Engagement fördern und soziale Teilhabe für die

10475 Menschen verbessern. Wichtig sind uns dabei mobile, familienergänzende und
10476 familienentlastende Dienste.

10477 Wir begrüßen es, wenn sich mehr Unternehmen und Einrichtungen dazu entschließen,
10478 Plätze für Freiwilligendienste zu schaffen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür
10479 ein, dass Freiwilligendienste besser bezahlt werden und
10480 Freiwilligendienstleistende bei der Vergabe von Ausbildungs- und Studienplätze
10481 bevorzugt werden. Die Angebote der Freiwilligendienste wie FSJ und FÖJ wollen wir
10482 im bestehenden Umfang weiter ermöglichen.

10483 Für ein würdiges Leben im Alter sorgen

10484 Wir setzen uns für eine generationengerechte Gestaltung unserer Gesellschaft
10485 ein. Die Belange der älteren Menschen dürfen nicht auf Probleme der Renten- und
10486 Pflegekassen reduziert werden. Eine zunehmend älter werdende Bevölkerung
10487 verändert die gesamte Gesellschaft.

10488 Ältere Menschen haben andere Bedürfnisse als Jüngere, zum Beispiel bei Wohnen,
10489 Mobilität, gesundheitlicher Versorgung, aber auch in öffentlichen Bereichen wie
10490 Stadtplanung und Verkehr. Diese unterschiedlichen Bedürfnisse zu bedienen und
10491 das Lebensumfeld überall in Sachsen-Anhalt generationenverträglich und
10492 diskriminierungsfrei zu gestalten gelingt nur, wenn alle Altersgruppen
10493 Verantwortung für eine solidarische Gesellschaft übernehmen.

10494 Uns ist es wichtig, dass die Menschen möglichst lange ihre Eigenständigkeit
10495 behalten und aktiv am Leben teilhaben. Lange Eigenständigkeit reduziert das
10496 Risiko der Pflegebedürftigkeit. Daher wollen wir die Selbstständigkeit im Alter
10497 durch Teilnahme an Bildungsmöglichkeiten, Gedankenaustausch, soziale Kontakte,
10498 Bewegung und Mobilität, nachbarschaftliche Hilfen und Freiwilligenengagement
10499 fördern. Wir setzen uns für die inhaltliche und organisatorische
10500 Weiterentwicklung und bessere Koordination der bestehenden Beratungs- und
10501 Anlaufstellen ein, um den veränderten Anforderungen besser gerecht zu werden.
10502 Dazu gehören die Alten- und Servicezentren, die Seniorenvertretungen, der*die
10503 Senior*innenbeauftragte und -beirat in den Kommunen sowie die
10504 Freiwilligenagentur. Der Landesseniorenbeirat und kommunale Senior*innenräte
10505 sind wichtige Partner unserer politischen Arbeit. Ein Landesprogramm „Leben im
10506 Alter“ soll Initiativen sammeln und bündeln, sie anregen, wo sie fehlen und den
10507 Menschen in Sachsen-Anhalt zugänglich machen. In Zusammenarbeit mit
10508 Integrations- oder Ausländer*innenbeiräten der Kommunen wollen wir die
10509 besonderen Bedürfnisse älterer Migrant*innen klären und gezielte Hilfsstrukturen
10510 entwickeln. Ebenso wichtig ist eine LSBTIQ*-sensible Altenhilfe und Pflege, die
10511 wir durch Einbindung von LSBTIQ*-Fachexpertise der Verbände sicherstellen
10512 wollen.

10513 Wahlfreiheit bei der Pflege ermöglichen

10514 Wir wollen, dass Pflegebedürftige, Pflegendе und Angehörige durch
10515 funktionierende kultursensible Versorgungs-, Beratungs- und Entlastungsangebote
10516 unterstützt werden. Wir wollen die tatsächliche Wahlfreiheit der zu Pflegenden
10517 und ihrer Angehörigen bezüglich ihrer Wohn- und Lebensform. Die ambulante
10518 Pflege, Krankenhäuser und Kommunen sollen sich verstärkt dieser Herausforderung
10519 stellen, um den Automatismus der Heimbetreuung älterer Menschen zu vermeiden.
10520 Wir wollen alternative Wohn- und Betreuungskonzepte, die die Selbständigkeit der

10521 Menschen erhalten, fördern. Dazu wollen wir das Wohn- und Teilhabegesetz des
10522 Landes novellieren, um die verschiedenen Wohnformen im Alter rechtssicher zu
10523 definieren und insbesondere die Heimaufsicht in ihrer Beratungsfunktion stärken.
10524 Auch gilt es für stationäre Pflegeeinrichtungen eine verbindliche
10525 Einzelzimmerquote festzulegen und damit das Recht auf Privatsphäre der
10526 Bewohner*innen zu stärken.

10527 Wir wollen, dass ältere Menschen möglichst lange in ihrem Zuhause wohnen und
10528 leben können. Dafür wollen wir die Pflege im Quartier weiter stärken. Das neu
10529 geschaffene Beratungsangebot für Kommunen zur Quartiersentwicklung begrüßen wir
10530 und wollen wir mit Angeboten in der Fläche weiter ausbauen. Wohnortnahe
10531 dezentrale Pflegestellen sind mit einem Landesaktionsplan zu untersetzen und zu
10532 befördern. Damit beugen wir Pflegebedürftigkeit, unnötigen
10533 Krankenhausaufenthalten und erzwungenen Heimaufenthalten vor. Um
10534 Heimeinweisungen nach Krankenhausaufenthalten zu reduzieren, wollen wir die
10535 Tagespflege auch in Kliniken stützen. So kann der Übergang vom Krankenhaus in
10536 die außerklinische Pflege mit mehr Ruhe und Selbstbestimmung geplant werden.

10537 Die stetig steigenden Eigenanteile bei stationären Einrichtungen sind für viele
10538 Bewohner*innen zunehmend problematisch. Gleichzeitig führt die Kopplung von
10539 Qualitätsverbesserungen in der Pflege und der daraus folgenden einseitigen
10540 Belastung der Bewohner*innen zu Zielkonflikten. Daher setzen wir uns
10541 grundsätzlich für eine Pflegebürger*innenversicherung ein, um die Einnahmeseite
10542 der Pflegeversicherung auf tragfähige Füße zu stellen. Auf dem Weg dahin braucht
10543 es mindestens eine Deckelung der Eigenbeiträge.

10544 Bestattungskultur reformieren

10545 Wir treten für selbstbestimmtes Leben in allen Phasen ein, das gilt auch für das
10546 Lebensende. Deshalb wollen wir das Bestattungsgesetz reformieren. Wir wollen,
10547 bei erklärtem Willen, die Bestattung ohne Sarg und das Verstreuen der Totenasche
10548 ermöglichen. Die zweite Leichenschau ist verbindlich einzuführen.